

# Staatliche Videoüberwachung im Kreuzverhör

*Vor kurzem debattierten Luxemburgs Abgeordnete über die staatliche Videoüberwachung des öffentlichen Raumes (Visupol). Hierbei wurde deutlich, dass die Kameras der Polizei keinen präventiven Zweck erfüllen und es zu Verdrängungseffekten kommt. Nur die Aufklärungsquote sei, so die in allen Fraktionen – außer bei der Linken – weiterhin vorherrschende Meinung, durch Visupol gesteigert worden. Aber stimmt das eigentlich?*

## Aufklärungsniete Videoüberwachung

Die von Innenminister Jean-Marie Halsdorf vorgelegten Polizeistatistiken vergleichen in Wirklichkeit Äpfel mit Birnen. Ohne im Vorfeld des Pilotprojektes festgelegte wissenschaftliche Methodik und Kriterien lässt das Zahlenmaterial einfach keine Vergleiche zwischen Luxemburg-Stadt, Esch und Ettelbrück zu. So könnte ebenso gut behauptet werden, dass es im Bereich der Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz und der damit zusammenhängenden Beschaffungskriminalität auf eine teilweise Verlagerung vom hauptstädtischen Bahnhof zu anderen Bahnhöfen gekommen ist. Wenn am Escher Bahnhof in 23 verschiedenen Fällen „Randalierer“ von der Polizei „identifiziert“ wurden, könnte es sich dann in den meisten Fällen nicht einfach nur um besonders überschwänglich feiernde Fußballfans gehandelt haben? Und ist es wirklich die „Bettelei“ – in sieben Fällen im Visupol-Bericht für Esch erfasst –, die ein Sicherheitsrisiko für die Bevölkerung darstellt? Ohne wirkliche, nach wissenschaftlichen Kriterien aufgebaute Untersuchung lässt sich alles und sein Gegenteil behaupten. Anstatt also gebetsmühlenartig zu wiederholen, dass Visupol die Aufklärungsquote gesteigert habe, wäre auch in dieser Frage mehr Skepsis angebracht. Immerhin entlarvte eine britische Polizei-Studie<sup>1</sup> die Videoüberwachung als Aufklärungs-Niete. Laut einem internen Bericht der Londoner Polizei wird pro 1 000 Überwachungskameras lediglich ein einziges Verbrechen aufgeklärt. Trotz einer intensiven Überwachung – 1 Kamera pro 14 Personen; jeder Bewohner in London wird durchschnittlich 300-mal am Tag gefilmt –

werden in London beispielsweise jedoch nur drei Prozent der Diebstähle auf offener Straße mit Hilfe von Videokameras aufgeklärt, bemängelt Mike Neville, Leiter des Bereichs Videoüberwachung bei Scotland Yard. Diese Quote sei „ein Fiasko“. Unter Umständen könnten also auch im Bereich der Aufklärung andere polizeiliche Aufklärungsmethoden mehr Erfolg bringen als die Videoüberwachung.

## DP auf sicherheitspolitischen Abwegen

Eine Kehrtwende in Sachen Sicherheitspolitik vollzog die DP. In den letzten Jahren hatten die Blauen wieder ihr, nach der letzten Regierungsbeteiligung mit der CSV arg ramponiertes, Profil in Sachen Bürgerrechte und Datenschutz geschärft. Unvergesslich bleibt aus dieser Ära die Warnung der früheren liberalen Justizministerin Colette Flesch vor dem autoritären und präventiven Überwachungsstaat.<sup>2</sup> Von solchen berechtigten Ängsten „befreit“, schien DP-Fraktionschef und hauptstädtischer Schöffe Xavier Bettel während der Visupol-Debatte ein regelrechtes Loblied auf die polizeilichen Kameras zu zelebrieren. Offensichtlich versucht Bettel nun in die Fußstapfen von Paul Helminger zu treten und dessen Kurs in der Hauptstadt weiterzuführen.

## Wer kontrolliert die Kontrolleure?

Unterdessen bezog sich der LSAP-Abgeordnete Claude Haagen in seiner Argumentation auf eine „Studie“ des französischen Innenministers Brice Hortefeux, die – ebenso wie ihr Auftraggeber – in

Claude Frentz

**Trotz einer intensiven Überwachung werden in London nur drei Prozent der Diebstähle auf offener Straße mit Hilfe von Videokameras aufgeklärt.**



Frankreich äußerst umstritten ist.<sup>3</sup> Ähnlich wie bei der Visupol-„Studie“, die jetzt öffentlich wurde und die eigentlich nichts als eine zum Teil zusammenhanglose Aufzählung von verschiedenen Polizeistatistiken beinhaltet, ist auch in Frankreich der Angeklagte gleichfalls Richter, da die selbe Stelle, die an der Ausdehnung der staatlichen Videoüberwachung interessiert ist, gleichfalls die Bewertung der Systeme vornimmt. Dabei finden sich durchaus wissenschaftlich relevante Studien zur Videoüberwachung wie die des englischen Forscherteams Welsh & Farrington, die auf der Internetseite des britischen Innenministeriums einsehbar ist.<sup>4</sup> Dieser Metastudie zufolge hatte die Videoüberwachung in Stadtzentren und Wohngebieten sowie im öffentlichen Nahverkehr nur einen geringen oder keinen signifikanten Effekt auf die Kriminalität. Es resultierte daraus auch keine Verringerung von Gewaltdelikten.

### **Laissez-faire bei der privaten Videoüberwachung**

Etwas weltfremd wirkten auch die Behauptungen des grünen Abgeordneten Felix Braz, der – genau so wie CSV-Mann Gilles Roth – meinte, dass die gesetzlichen Grundlagen auf denen Visupol fußt, klar und präzise seien. Dabei gibt es kaum ein schwammigeres Gesetz als das Datenschutzgesetz von 2002, das die Erlaubnis zur Videoüberwachung lediglich von gut klingenden Prinzipien wie „Zweckbestimmung, Rechtmäßigkeit, Notwendigkeit und Proportionalität“ abhängig macht, ohne aber konkrete Richtlinien zur Begrenzung der privaten und staatlichen Videoüberwachung einzuführen. Wenn etwa in Berlin ein Gericht urteilte,<sup>5</sup> dass eine Videokamera lediglich 1 Meter von der

Fassade eines Kaufhauses überwachen darf und „eine ununterbrochen in einem räumlichen Bereich stattfindende Videoüberwachung unzulässig ist, soweit die betroffenen Passanten der Kontrolle nicht ausweichen können“, so liegt das auch an den dort strengeren und präziseren Gesetzen in diesem Bereich. Ohne solche genauen Normen riskiert die Videoüberwachung im öffentlichen Raum immer mehr aus dem Ruder zu laufen. Geradezu zynisch mutete in diesem Kontext Minister Haldorffs Bemerkung an, dass die Nationale Datenschutzkommission (CNPD) alleine für die private Videoüberwachung zuständig sei, obwohl der Ball doch eindeutig bei der Politik liegt, um für klare Verhältnisse zu sorgen und dem aktuellen *Laissez-faire* im Bereich privater Videoüberwachung einen gesetzlichen Riegel vorzuschieben. Aktuelles Beispiel, was passiert, wenn keine präzisen Vorschriften existieren: Die Datenschutzkommission erlaubte vor kurzem dem Ettelbrücker Député-Maire Jean-Paul Schaaf (CSV) die Installation von Videokameras auf einem Schulhof(!) im Zentrum Ettelbrücks. Die CNPD müsste auch personell so ausgestattet sein, dass Klagen in Sachen privater Videoüberwachung schneller als bisher nachgegangen werden kann.

### **Informationelles Selbstbestimmungsrecht verteidigen!**

Die schädlichen Effekte der technischen Beobachtung liegen, so wie das auch von Lydie Err in ihrer Rede hervorgehoben wurde, in der Beeinträchtigung der Unbefangenheit der Menschen und dem Eingriff in deren Recht auf informationelle Selbstbestimmung,<sup>6</sup> ins Bildnisrecht<sup>7</sup> und in deren sonstige Freiheitsrechte. Damit werden Bürgerrechte und Grundfreiheiten beeinträchtigt, denn wie das deutsche Bundesverfassungsgericht bereits in seinem Urteil zur Volkszählung festhielt, „wer unsicher ist, ob abweichende Verhaltensweisen jederzeit notiert und als Information dauerhaft gespeichert, verwendet oder weitergegeben werden, wird versuchen, nicht durch solche Verhaltensweisen aufzufallen. Dies [beeinträchtigt] nicht nur die individuellen Entfaltungschancen des Einzelnen [...], sondern auch das Gemeinwohl, weil Selbstbestimmung eine elementare Funktionsbedingung eines auf Handlungsfähigkeit und Mitwirkungsfähigkeit seiner Bürger begründeten freiheitlichen demokratischen Gemeinwesens ist.“

Der Eindruck, eine Gefahrensituation werde durch Videoüberwachung technisch kontrolliert, führt unter Umständen auch dazu, dass dringend notwendige, vor Ort verfügbare nichtprofessionelle Hilfe unterbleibt, auch aus Angst vor der Dokumentation unsachgemäßer Hilfeleistung.

### **Videoüberwachung Reloaded**

Wie überhaupt sicher gestellt werden kann, dass die Visupol-Überwacher, die sich aus unvereidigten, ehemaligen Mitarbeitern des Militärdepots

**Die schädlichen Effekte der technischen Beobachtung liegen in der Beeinträchtigung der Unbefangenheit der Menschen und dem Eingriff in deren Recht auf informationelle Selbstbestimmung, ins Bildnisrecht und in deren sonstige Freiheitsrechte.**

WSA rekrutieren, auch wirklich nur die festgelegten „Überwachungszonen“ kontrollieren und nicht etwa andere Areale einsehen, wurde ebenfalls nicht erwähnt. Dabei verleitet gerade der Einsatz der „Dome-Kameras“, die hinter dunklem Plexiglas verborgen mittels eingebauten Motor um 360° schwenkbar und neigbar sind, zu einer unbegrenzten Überwachung und müsste daher verboten werden, da es für den Menschen so nicht mehr möglich ist zu wissen, ob er unter Überwachung steht oder nicht. Die Dome-Kameras illustrieren bestens den potentiell ausufernden Charakter von Videoüberwachung.

In Zusammenhang mit biometrischen Gesichtserkennungsprogrammen, der Analyse von Bewegungsmustern und Video-Tracking – z. B. durch die Verknüpfung mit biometrischen Fotos der Ausweispapiere – entsteht unter unseren Augen eine extrem gefährliche Überwachungsinfrastruktur, die immer unkontrollierbarer wird.

## Big Brother EU?

Dass dies keine verschwörungstheoretischen Chimären sind, illustriert das seit Anfang dieses Jahres von „Bürgerrechtskommissarin“ Viviane Reding und der EU-Kommission aufgelegte „Forschungsrahmenprogramm“ INDECT<sup>8</sup>, das alle bestehenden Überwachungstechnologien zu einem universellen Überwachungsinstrument einer erkenntnisgestützten, proaktiven Polizeiarbeit bündeln soll.

Seit September 2007 hat die Europäische Kommission ein informelles Gremium ins Leben gerufen, um die Sicherheitsforschung und damit die Rüstungsindustrie zu fördern: das Europäische Forum für Sicherheitsforschung und Innovation (ESRIF).<sup>9</sup> Jede Beratung mit den Parlamenten in dieser Angelegenheit unterblieb! Hier können Betreiber sog. „kritischer Infrastrukturen“, Anbieter von Sicherheitstechnologie, Rüstungsfirmen und andere Wirtschaftsunternehmen gemeinsam mit Sicherheitspolitikern und Praktikern Bedrohungsszenarien entwickeln und ihre „Lösungen“ anbieten, für welche die „Bürgerrechtskommissarin“ Viviane Reding in der EU-Kommission dann großzügig Steuergelder bereitstellt.

Explizit spricht die Kommission auch von der Weiterentwicklung der Videoüberwachung von Menschenansammlungen im Hinblick auf verdächtiges Verhalten. So kooperieren bereits zehn europäische Unternehmen im europäischen Projekt *Integrated Surveillance of Crowded Areas for Public Security* (ISCAPS),<sup>10</sup> gefördert durch die Europäische Kommission. Im Rahmen des Projekts haben britische Techniker des Rüstungskonzerns BAE Systems, der University of Reading und des französischen Rüstungs- und Telekommunikationsunternehmens Sagem die technischen Möglichkeiten dafür entwickelt, verdächtige Personen automatisch durch Überwachungskameras verfolgen zu können. Hierbei sollen auch kleine Drohnen zum Einsatz

kommen. Dabei spielt es offensichtlich keine Rolle, dass diese um ein Vielfaches häufiger zu Abstürzen neigen als bemannte Flugzeuge. Hier können Menschen verletzt und getötet werden. Wichtiger scheint aber zu sein, dass „kritische Infrastruktur“, Problemviertel und Grenzen kostengünstig überwacht werden.

## Bürgerrechtliche Mobilisierung vonnöten

Besonders die Verknüpfungsgefahr der Videoüberwachung mit anderen Technologien ist der bürgerrechtliche Albtraum, der im digitalen Zeitalter sehr schnell in Erfüllung zu gehen droht.

Mit der Sicherheit der Bürger hat dies alles nicht viel zu tun und eine kritische Evaluation der Risiken neuer Technologien wird bislang kaum gefördert – noch nicht einmal in der Funktion eines Feigenblattes. Auch die Rolle der Bürger- und Menschenrechte wird nur dem Namen nach beachtet.

Hier haben wir es mit einer Vorstellung von Sicherheit zu tun, die lediglich den Interessen großer Konzerne dient und sich in Zeiten asymmetrischer Kriegsführung und fehlender militärischer Gegner vor allem gegen ImmigrantInnen und die eigene Bevölkerung richtet. ♦

<sup>1</sup> <http://futurezone.orf.at/stories/275884/>

<sup>2</sup> <http://www.youtube.com/watch?v=NOZNxPBrKcs>

<sup>3</sup> <http://www.liberation.fr/societe/0101580215-videosurveillance-cinema-d-hortefeux>

<sup>4</sup> <http://rds.homeoffice.gov.uk/rds/pdfs2/hors252.pdf>

<sup>5</sup> <http://www.jurpc.de/rechtspr/20040199.htm>

<sup>6</sup> Das informationelle Selbstbestimmungsrecht gewährleistet die Befugnis des Einzelnen, grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner Daten zu bestimmen.

<sup>7</sup> Das Recht am eigenen Bild oder Bildnisrecht ist eine besondere Ausprägung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts. Es besagt, dass jeder Mensch grundsätzlich selbst darüber bestimmen darf, ob überhaupt und in welchem Zusammenhang Bilder von ihm veröffentlicht werden.

<sup>8</sup> <http://de.wikipedia.org/wiki/INDECT>

<sup>9</sup> Konkrete Beispiele von Projekten, die im Rahmen von ESRIF realisiert werden sollen:

- Projekt TALOS: hier werden unbemannte Flugkörper (Drohnen) und Fahrzeuge entwickelt, welche die Grenze überwachen sollen.

- Projekt SECTRONIC: Überwachung von Schifffahrtsrouten, indem Daten von Satelliten, Drohnen und Aufklärungsflugzeugen sowie Sensoren auf See wie an der Küste zusammengeführt werden.

- Projekt COPE: Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen militärischen, polizeilichen und zivilen Behörden durch den Austausch von Bilddaten, bspw. von Satelliten und Drohnen.

- Projekt IDETECT 4ALL: Entwicklung einer Art Bewegungsmelder, mit dem sog. kritische Infrastrukturen weitläufig überwacht werden können. <http://www.esrif.eu/>

<sup>10</sup> <http://www.iscaps.reading.ac.uk/>

**Der Eindruck, eine Gefahrensituation werde durch Videoüberwachung technisch kontrolliert, führt unter Umständen auch dazu, dass dringend notwendige, vor Ort verfügbare nichtprofessionelle Hilfe unterbleibt.**